



Update aus Berlin

März '23 (II)

Kulturtipp:

**Blow Up - Zoom In
Westfalen - Film - Literatur
Ausstellung im Haus Nottbeck, Oelde
bis zum 30.04.2023**

[Mehr Infos: Hier klicken.](#)

WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

im Plenum haben wir diese Woche **die Wahlrechtsreform** beschlossen. Damit setzen wir ein maßgebliches Vorhaben des Koalitionsvertrages um. Wir haben versprochen, das Wahlrecht zu reformieren und den Bundestag dauerhaft zu verkleinern. Mit unserem Vorschlag legen wir eine künftige Regelgröße von 630 Abgeordneten fest. Mit aktuell 736 Abgeordneten haben wir eine Rekordanzahl erreicht, die deutlich über der Regelgröße liegt. Künftig wird es keine Überhang- und keine Ausgleichsmandate mehr geben. Jede Stimme zählt gleich viel. Wir behalten Erst- und Zweitstimme bei, zudem wird es eine einfache 5-Prozent-Hürde geben, die Grundmandatsklausel fällt also künftig weg.

Das Wahlrecht ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein hohes Gut – politisch wie rechtlich. Das neue Wahlrecht ist einfacher und gerechter und die angestrebte Kürzung betrifft alle Fraktionen gleichermaßen. Unserem Vorschlag ging ein intensiver, offener Diskussions- und Beratungsprozess voran, auch Ergebnisse der öffentlichen Sachverständigenanhörung im Bundestag wurden einbezogen. In den vergangenen Wahlperioden ist jede Reform am Widerstand der Union gescheitert. Und auch dem nun vorgelegten Vorschlag konnten CDU/CSU nicht zustimmen. Nun zeigen wir, dass wir Reformen verabschieden können, die uns selbst betreffen, und setzen ein wichtiges Zeichen gegen die Politikverdrossenheit.

In dieser Woche geben wir ebenfalls grünes Licht für **die Finanzierung des Deutschlandtickets** – damit kann die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. 1,5 Milliarden Euro bekommen die Länder dafür jährlich vom Bund. Wenn der Bundesrat zustimmt, kann das Deutschlandticket ab April 2023 im Abo gekauft werden. Es ist ab Mai gültig, monatlich kündbar und wird übergangsweise auch in Papierform angeboten. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland genutzt werden.

Entlastung für viele Pendler und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.

Die Schließung von 52 Galeria-Warenhäusern ist eine bittere Nachricht für tausende Beschäftigte bundesweit – und für viele Innenstädte, denn die Kaufhäuser waren fester Bestandteil der Fußgängerzonen. Die gute Nachricht dabei: Die beiden Warenhäuser in Münster bleiben erhalten. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat klargemacht, dass wir solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer stehen. Für die verbliebenen Kaufhäuser muss schnell ein tragfähiges Zukunftskonzept ausgearbeitet werden, damit die rund 11.000 Arbeitsplätze in den verbleibenden Warenhäusern eine sichere Perspektive erhalten.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Regierungserklärung zum EU-Rat durch BK Olaf Scholz. >>> AG Kommunalpolitik: Ein Monat nach dem Flüchtlingsgipfel. >>> Wir reformieren das Wahlrecht. >>> Wir stellen die Finanzierung für das Deutschlandticket sicher. >>> Wir sichern Demokratieförderung ab. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Regierungserklärung zum EU-Rat durch Bundeskanzler Olaf Scholz

In der nächsten Woche kommen die 27 Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammen. Auf der Agenda in Brüssel: Wettbewerbsfähigkeit, Energie und die Unterstützung der Ukraine. Olaf Scholz hat dazu am Donnerstag eine Regierungserklärung im Bundestag abgegeben. Wir werden die Ukraine auch weiter unterstützen – finanziell, humanitär und militärisch.



Zugleich halten wir alle diplomatischen Kanäle offen, damit der Krieg ein Ende findet. Das gelingt uns aber nur, wenn wir China und die Länder des Globalen Südens eng einbinden. Genau das tut die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz. Wir als SPD-Bundestagsfraktion stehen weiter hinter dem Kurs des Kanzlers.



Deutschland hat in den vergangenen zwölf Monaten viel erreicht, daraus kann man Zuversicht schöpfen. Innerhalb von acht Monaten ist Deutschland unabhängig von Gas, Öl und Kohle aus Russland geworden. In nur acht Monaten haben wir unsere Energieversorgung vollständig umgestellt, mit ganz neuen Leitungen und Terminals für Flüssiggas.

Niemand hat frieren müssen, die Wirtschaft ist nicht eingebrochen. Im vergangenen Jahr um diese Zeit waren die Gasspeicher zu 70 Prozent leer gewesen, heute sind sie noch zu 60 Prozent gefüllt. Die Maßnahmen der Regierung - Entlastungspakete, Abwehrschirm - haben dafür gesorgt, dass Deutschland gut durch den Winter gekommen ist. Dies war möglich, weil unser Land zusammengehalten hat.

"Angesichts von Krieg und Klimakrise geht es heute auch um Europa selbst. Es geht um Frieden in Freiheit, es geht um Demokratie, um Sicherheit, um Wohlstand, um gute Lebenschancen und gute Arbeit in einer klimaneutralen Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa. Für diese Ziele setzt sich die Bundesregierung ein, und diese Ziele teilen wir mit vielen Millionen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Jetzt geht es nicht darum, nostalgisch einer guten alten Zeit nachzutrauern, in der so vieles vermeintlich besser war, jetzt geht es darum, dass wir gemeinsam aufbrechen und anpacken, damit eine gute neue Zeit möglich wird: hier bei uns in Deutschland und in Europa insgesamt."

AG Kommunalpolitik: Ein Monat nach dem Flüchtlingsgipfel

In der Sitzung der AG Kommunalpolitik am Mittwoch ging es um die Situation der Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen. Dazu eingeladen waren **Volker Meier, Leiter des Arbeitsstabes der Integrationsbeauftragten im Kanzleramt, der stellvertretene Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese**, der sich in dieser Funktion insbesondere an den Debatten zu Migration und Integration beteiligt und **Nora Brezger, die als hauptamtliche Mitarbeiterin im Flüchtlingsrat Berlin e.V.** die Probleme vor Ort aus ihrer täglichen Arbeit sehr gut kennt und der AG sehr gute Einblicke in die Herausforderungen vor Ort gegeben hat.



Nora Brezger, Dirk Wiese, Isabel Cademartori, Volker Meier und Bernhard Daldrup

Bedingt durch den grausamen Krieg in der Ukraine kommen gerade aus der Ukraine viele Flüchtlinge nach Deutschland und suchen hier Schutz vor dem russischen Angriffskrieg. Viele Geflüchtete kommen privat unter, wofür man den engagierten Bürgern sehr dankbar sein muss. Jedoch müssen die Kommunen nach wie vor große Teile der Unterbringung schultern. Dies bedeutet eine enorme Kraftanstrengung für die Kommunen. Mit dem Flüchtlingsgipfel vor einem Monat sollte dieser Herausforderung begegnet werden, um die Kommunen weiter zu entlasten und sie in ihrer Rolle zu stärken. Denn klar ist: Für gute Unterbringungsmöglichkeiten und Integration brauchen die Kommunen die dafür nötigen Mittel und Ressourcen.

Wie es aktuell, also einen Monat nach dem Flüchtlingsgipfel vor Ort aussieht, welchen Problemen sich die Kommunen gegenübergestellt sehen und welche Maßnahmen konkret Verbesserungen bringen, haben wir diskutiert.

Klar ist: Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ist ein gemeinsamer Kraftakt: von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund trägt bereits das Gros der Kosten für Geflüchtete. Zuletzt organisierten wir knapp **7,15 Milliarden**. Hinzukommen mietzinsfreie Bundesliegenschaften. Fest steht: Der Bund nimmt seine Verantwortung wahr. Jetzt ist es an den Ländern, die Mittel schnell an die Kommunen weiterzuleiten.



Wir reformieren das Wahlrecht



In dieser Woche haben wir die Wahlrechtsreform im Bundestag beschlossen und setzen damit dieses maßgebliche Vorhaben des Koalitionsvertrages um. Die Reform wurde seit langem gefordert, scheiterte aber in den letzten 10 Jahren an der CDU/CSU – sowohl bei Bundestagspräsident Norbert Lammert als auch bei Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble – sie scheiterten nicht an der Ampel.

Das Wahlrecht ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein hohes Gut, politisch wie rechtlich. Jede Reform muss rechtsicher und fair sein. Unserem Vorschlag ging ein offener Diskussionsprozess voran, in den auch Ergebnisse der öffentlichen Anhörung im Bundestag am 6. Februar 2023 eingeflossen sind.

Künftig wird die Regelgröße des Bundestages 630 Sitze betragen. Es wird keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. (Wenn mehr Abgeordnete durch die Erststimme gewählt werden, als die Partei laut Zweitstimme Sitze hat, dann sagt man: Die Partei hat **Überhangmandate**. Allerdings würden nun durch die Überhangmandate die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse, die über die Zweitstimmen zustandekommen, verfälscht werden. Die Überhangmandate einer Partei werden deshalb mittels **Ausgleichsmandaten** für die anderen Parteien ausgeglichen.) Damit ist sichergestellt, dass der Bundestag nicht wie in den vergangenen Legislaturperioden immer weiter anwächst. Es bleibt bei 299 Wahlkreisen, dazu kommen 331 Listenplätze. Wir erhöhen die Regelgröße also auf 630 Sitze. Damit wird sichergestellt, dass mehr direkt gewählte Kandidierende ins Parlament einziehen können und weniger Wahlkreise unbesetzt bleiben.

Vorgesehen ist weiterhin eine einfache **5-Prozent-Hürde**, die für alle Listen und Parteien gilt. Des Weiteren wird die Bezeichnung „Erststimme“ und „Zweitstimme“ beibehalten. Im bayerischen Wahlrecht ist verankert, dass nur Kandidaten, deren Partei die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten, in den bayerischen Landtag einziehen dürfen. Genau das wird jetzt auch auf Bundesebene Recht und Gesetz. Gegen diese Regelung stimmt die Union mit aller Kraft. Wir schaffen eine wirksame Verkleinerung des Parlaments, die sicherstellt, dass die Kontrollfunktion und Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages weiterhin gewährleistet bleibt. Mit dieser Reform stärken wir auch die demokratische Legitimität und zeigen erneut, die Ampel kann Reformen angehen und umsetzen, auch solche, die uns betreffen.

Die CSU muss lernen, dass sie nicht das Maß der Dinge ist, sondern die Wählerinnen und Wähler. Wir haben ihnen eine Verkleinerung des Bundestages versprochen und dieses Versprechen lösen wir jetzt ein. In Deutschland arbeiten CDU und CSU zusammen daran, dass die CDU nicht in Bayern und die CSU nicht außerhalb Bayerns kandidieren. Das ist eine Verabredung zwischen zwei Parteien. Diese Verabredung kann auch gelöst werden. Wenn sich daraus Probleme für das Wahlrecht ergeben, ist dies ein Problem von CDU und CSU aber kein Problem des Wahlrechts.

Wir stellen die Finanzierung für das Deutschlandticket sicher

Jetzt steht's fest:

Ab Mai kommt das **Deutschlandticket!**

Am Donnerstag haben wir im Bundestag die Finanzierung beschlossen. Die Länder bekommen dafür 1,5 Milliarden Euro jährlich vom Bund und beteiligen sich selbst in gleicher Höhe. Damit kann die ÖPNV- und Regio-Flat für ganz Deutschland am 1. Mai **für 49 Euro im Monat** starten, sobald der Bundesrat zugestimmt hat.

Das Deutschlandticket soll ab dem 3. April verkauft werden, übergangsweise auch in Papierform. Mit dem Ticket könnt Ihr Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland nutzen. Damit revolutionieren wir den öffentlichen Nahverkehr und schaffen einen wichtigen Baustein für die Mobilitätswende!

Plant Ihr schon Trips mit dem Deutschlandticket?



Wir sichern Demokratieförderung ab



Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir eine Grundlage dafür, dass der Bund noch stärker eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung, politischer Bildung und Prävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Das ist eine wichtige Nachricht für viele Vereine und Verbände, die sich für unsere demokratische Gesellschaft einsetzen. Das **Demokratiefördergesetz** ermöglicht es dem Bund, Projekte, die sich für die Demokratie und gegen menschenfeindliche Einstellungen einsetzen, auch längerfristig zu fördern. Das heißt: Wir erhöhen die Planungssicherheit für die, die sich täglich für unsere Demokratie einsetzen, und sichern die wertvolle Arbeit etablierter Strukturen wie der Mobilen Beratung, der Opfer- oder Ausstiegsberatung nachhaltig ab.



Am Mittwoch hatte ich ein Gespräch mit einer Klasse der **Sekundarschule aus Sassenberg**. Ein Schüler hat mich gefragt, wie die Waffenlieferungen helfen können, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden. Gut, dass die Frage kam. Wir müssen alles dafür tun, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, ihr Selbstverteidigungsrecht aus der UN-Charta auszuüben.



Auch zu meinem Alltag als Bundestagsabgeordneter kamen Fragen. Außerdem zum Kampf gegen den Klimawandel und zur Erbschaftssteuer. Und dazu, warum es wichtig ist, sich gesellschaftlich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Danke für Euren Besuch und Eure Neugier, liebe Schülerinnen und Schüler! War ein gutes Gespräch!



Beim Gespräch mit dem **Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden**. In der Sitzung ging es um aktuelle Herausforderungen des Wohnungsbaus und Potenziale des neuen Förderprogramms für Klimafreundlichen Neubau.



In der **AG Wohnen** hatten wir in dieser Woche das **Bündnis Soziales Wohnen** zu Gast. Danke für den anregenden Austausch!





Als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion habe ich mich heute auf Einladung meines Kollegen Carlos Kasper mit den Bürgermeistern aus seinem Wahlkreis über viele Probleme ausgetauscht, die den Kommunen unter den Nägeln brennen: Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, Alt-schulden, Personalmangel und Bürokratieabbau.



Am Donnerstag habe ich **den Stipendiaten aus Nordmazedonien Viktor Antovski** kennengelernt. Er ist einer der jungen Hochschulabsolvent:innen, die sich erfolgreich für das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) beworben haben. Das IPS ist ein weltweit einzigartiges parlamentarisches Demokratieförderprogramm. Die Stipendiat:innen lernen zu Beginn die parlamentarische Demokratie, die Prinzipien pluraler Gesellschaft und Erinnerungskultur als politischen Auftrag in vielfältigen Veranstaltungen kennen. Das dreimonatige Praktikum als Kernstück des IPS bietet wertvolle Innenblicke in die parlamentarische Praxis und damit die „Herzkammer“ der Demokratie.



Endlich! Nach Tagen heftiger Erkältung wieder mit dem Fahrrad unterwegs. Dieses Mal zum Glück auch ohne einen Platten!





In der letzten Woche im Wahlkreis habe ich meine erste **Sprechstunde** im Jahr 2023 angeboten. Über den großen Andrang habe ich mich sehr gefreut! Umso mehr freut es mich, wenn ich Euch wirklich weiterhelfen kann bei Euren Anliegen! Wann die nächste Sprechstunde stattfindet, wird rechtzeitig in den Sozialen Medien und im Update bekannt gegeben.



Auch die nächsten beiden **Bürgermeistergespräche** haben in dieser Woche stattgefunden. Ich war zu Gast beim Ennigerloher Bürgermeister **Berthold Lülff** (SPD) und beim Wadersloher Bürgermeister **Christian Thegelkamp** (parteilos, im Bild). Mit dabei waren natürlich auch jeweils die SPD-Fraktionsvorsitzenden Natalie Wagner und Thomas-Trampe Brinkmann (Ennigerloh) sowie Anne Claßen (Wadersloh).



Für die **Kommunen bei uns im Kreis** geht es derzeit vor allem um die Weichenstellung für die Energiewende. Aber natürlich beschäftigt uns auch weiterhin die Unterbringung und Integration der geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer. **Wichtig:** Kommunen brauchen genügend Handlungsspielraum bei entsprechender Unterstützung vom Bund, um ihre Pläne umsetzen zu können.

